

## **Politische Handlungsempfehlungen des Bündnis „Zukunft der Industrie“**

### **II. Investitionsoffensive Verkehrsinfrastruktur**

#### Unsere Ziele

- Deutschland im „Global Competitiveness Index“ des Weltwirtschaftsforums in der Kategorie „Verkehrsinfrastruktur“ unter die „Top drei“ bringen
- Aktive Investitionspolitik auch im Bereich der Verkehrsinfrastruktur weit oben auf der politischen Agenda platzieren
- Weitere Anstrengungen über die Maßnahmen der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode hinaus für eine moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur unternehmen
- Stärkere Selbstbindung der öffentlichen Hand bezüglich öffentlicher Investitionen, zumindest auf dem Niveau der Abschreibungen, erreichen

#### Unsere Forderungen

- Konsequente Ausrichtung bestehender Haushaltslinien auf die Förderung von Innovationen und Investitionen
- Bedarfsgerechte Aufstockung und Verstetigung der Finanzmittel in der Investitionslinie „Verkehr“
- Effiziente Mittelverwendung und qualitativ hochwertige Umsetzung von Infrastrukturprojekten
- Gesamtansatz für die deutsche Verkehrspolitik entwickeln, der Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Einzelmaßnahmen und Verkehrsträgern stärker berücksichtigt

#### Maßnahmen

- Zügige Umsetzung des Programms zum Ausbau der Ladeinfrastruktur mit einer Ausstattung von 300 Mio. Euro bis 2020
- Anhebung der öffentlichen Verkehrsinfrastrukturausgaben um 5 Mrd. Euro pro Jahr unter Berücksichtigung aller drei föderalen Ebenen:
  1. Bundesebene 2 Mrd. € pro Jahr (Bundesverkehrswegeplan)
  2. Landesebene 0,3 Mrd. € für Sanierung, 0,6 Mrd. € für laufenden Betrieb pro Jahr
  3. kommunale Ebene 2,4 Mrd. € pro Jahr
- Effiziente Mittelverwendung und qualitativ hochwertige Umsetzung:
  1. Bau, Instandhaltung und Betrieb aus „einer Hand“ z. B. durch Gründung einer Gesellschaft des Bundes (keine Privatisierung oder Teilprivatisierung)
  2. Etablierung eines Finanzierungskreislaufs, in dem die beschlossenen Nutzergebühren und Haushaltsmittel zweckgebunden für den Erhalt, Aus- und Neubau sowie für den Betrieb der Bundesfernstraßen eingesetzt werden
  3. Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung
- Reform der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung:
  1. Verbindliche Einführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
  2. Gründung einer kommunalen Infrastruktugesellschaft, die öffentlichen Auftraggebern bei der Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturprojekten zur Seite steht
- Stärkung der Bauherrenkompetenz:
  1. Aufstockung von Personalkapazitäten, um Planungsengpässe zu überwinden
  2. Nutzung von Beschaffungsformen, bei denen Teile der Planung auch auf die bauausführende Wirtschaft übertragen werden (Design-and-Build-Verträge)
- Vergabe an den wirtschaftlichsten, nicht an den billigsten Anbieter:
  1. Faire und wirtschaftliche Auftragsvergabe unter Berücksichtigung von Preis- und Qualitätsaspekten